

Internationale Zwangsvollstreckung und Haftungsverwirklichung

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Beiträge zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

111

Mohr Siebeck

Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht

111

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Tanja Domej

Internationale Zwangsvollstreckung und Haftungsverwirklichung

am Beispiel der Forderungspfändung

Mohr Siebeck

Tanja Domej, geboren 1977; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien; 2005 Promotion; 2011 Habilitation; derzeit Professorin für Zivilverfahrensrecht, Privatrecht, internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Zürich.

Habilitationsschrift der Universität Zürich

ISBN 978-3-16-152733-3 eISBN 978-3-16-152824-8

ISSN 0340-6709 (Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und V erarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Vorwort

Dieses Buch basiert auf meiner Habilitationsschrift, die im Frühjahrssemester 2011 an der Universität Zürich abgenommen wurde. Zwischenzeitliche Entwicklungen wurden nach Möglichkeit berücksichtigt.

Meinem hochgeschätzten akademischen Lehrer *Paul Oberhammer*, der auch das Erstgutachten erstattet hat, habe ich – neben manch anderem – dafür zu danken, dass er mich seinerzeit auf die wachsende Bedeutung des internationalen Zwangsvollstreckungsrechts hingewiesen und angeregt hat, das Thema der Schrift in diesem Bereich anzusiedeln. *Daniel Girsberger* hat das Zweitgutachten beeindruckend rasch erstellt und mir wichtige Hinweise gegeben.

Die Universität Zürich hat mir während meiner Habilitationszeit und danach stets hervorragende Rahmenbedingungen für meine Forschungsarbeit geboten. Zahlreiche Wegbegleiter hier und anderswo haben dazu beigetragen, dass mir diese Zeit in bester Erinnerung bleiben wird. Zudem hatte ich das Glück, zwei mehrmonatige Forschungsaufenthalte am Hamburger Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht verbringen zu dürfen, wo wesentliche Teile der Arbeit entstanden. Den dortigen Direktoren *Reinhard Zimmermann*, *Jürgen Basedow* und *Holger Fleischer* danke ich nicht zuletzt auch für die Aufnahme in die „Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht“. Mein Dank gilt ferner *Burkhard Hess*; die Mitwirkung an von ihm geleiteten Projekten verschaffte mir die ersten Kontakte mit dem internationalen Zwangsvollstreckungsrecht.

Bei der Vorbereitung für die Publikation hat *Alda Zappia* wertvolle Hilfe geleistet. Sie hat Material herbeigeschafft, das Literatur- und das Rechtsprechungsverzeichnis betreut und das Manuskript in eine druckreife Form gebracht. In einer ersten Phase hat auch *Anna Brassel* geholfen. *Marjolaine Jakob*, *Matthis Peter*, *Céline Pascale Schmidt* und *Christian Stalder* sowie wiederum *Alda Zappia* haben bei der Manuskriptkorrektur mitgewirkt. Ihnen allen herzlichen Dank!

Zürich, im Oktober 2015

Tanja Domej

Inhaltsübersicht

Einleitung

I. Problemstellung	1
II. Gang der Untersuchung	5

1. Teil

Entwicklung und Stand der Diskussion in ausgewählten Rechtsordnungen

I. Schweiz	9
II. Deutschland	44
III. Österreich	79
IV. England	108
V. Frankreich	132

2. Teil

Vollstreckungsrechtliches Territorialitätsprinzip

I. Einführung	165
II. Adressat des Vollstreckungsakts	170
III. Akt der grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung	184
IV. Objekt der Zwangsvollstreckung	218
V. Territorialitätsprinzip, Souveränität und Individualschutz	256
VI. Vollstreckungsrechtliches Territorialitätsprinzip und europäisches Zivilprozessrecht	267

3. Teil

Zuständigkeitsinteressen im internationalen Zwangsvollstreckungsrecht

I. Universalität der Haftung und Organisation des Vollstreckungszugriffs	319
II. Parteiinteressen	337

4. Teil
Grenzüberschreitende Kooperation
im Zwangsvollstreckungsrecht

I. Diskussionsstand	443
II. Würdigung	481

Zusammenfassung und Schluss

Zusammenfassung und Schluss	559
Literaturverzeichnis	571
Entscheidungsverzeichnis	597
Sachregister	611

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX

Einleitung

I. Problemstellung	1
II. Gang der Untersuchung	5

1. Teil

Entwicklung und Stand der Diskussion in ausgewählten Rechtsordnungen

I. Schweiz	9
A. Grundstruktur des Verfahrens	9
1. Vorbemerkung	9
2. Pfändung	10
3. Verwertung	13
B. Forderungspfändung im internationalen Verhältnis	16
1. Allgemeines	16
2. Arrestlegung und Forderungsbelegenheit	19
3. Vermögensbelegenheit und Territorialitätsprinzip	24
4. Pfändung und Arrestierung von Filialkonten	30
a) Bezeichnung der Vollstreckungsobjekte	30
b) Bestimmung des Drittschuldners	30
c) Belegenheit von Filialkonten	31
5. Zustellung von Betreibungsurkunden und Drittschuldneranzeigen	35
a) Zustellung inländischer Betreibungsurkunden und Drittschuldneranzeigen an ausländische Empfänger	35
aa) Zustellung der Pfändungsurkunde	36
bb) Zustellung der Drittschuldneranzeige	38

b) Zustellung ausländischer Vollstreckungsakte in der Schweiz	40
C. Fazit	42
II. Deutschland	44
A. Grundstruktur des Verfahrens	44
1. Pfändung	44
2. Verwertung	45
B. Forderungspfändung im internationalen Verhältnis	47
1. Allgemeines	47
2. Vollstreckungsgewalt gegenüber dem Adressaten	48
3. Zustellrechtliche Probleme	51
a) Grenzüberschreitende Zustellung an ausländische Drittschuldner	51
b) Inlandszustellung an ausländische Drittschuldner	54
4. Vordringen und Durchbruch des objektbezogenen Territorialitätsprinzips	58
5. Abkehr vom Territorialitätsprinzip in der Literatur	71
6. Territorialitätsprinzip in der neueren Rechtsprechung	73
C. Fazit	77
III. Österreich	79
A. Grundstruktur des Verfahrens	79
1. Pfändung	79
2. Verwertung	80
B. Forderungspfändung im internationalen Verhältnis	81
1. Die zuständigkeitsrechtlichen Regelungen der EO und ihre Entwicklung	81
2. Vom Inkrafttreten der EO bis zur Zwischenkriegszeit: gespaltene Exekution	84
3. Absterben des Rechtshilfemodells und Durchbruch des Territorialitätsdenkens	90
4. Abkehr vom Territorialitätsprinzip	95
5. Zustellrechtliche Probleme	101
a) Zustellung österreichischer Zahlungsverbote an ausländische Drittschuldner	101
aa) Auslandszustellung	101
bb) Inlandszustellung	104
b) Zustellung ausländischer Zahlungsverbote an österreichische Drittschuldner	105
C. Fazit	106
IV. England	108
A. Grundstruktur des Verfahrens	108
1. Allgemeines	108
2. <i>Third party debt order</i>	108
3. <i>Receivership</i> als Mittel der <i>equitable execution</i>	110

B. <i>Third party debt orders</i> im internationalen Verhältnis	111
1. Allgemeines	111
2. Ältere Rechtsprechung: Forderungsbelegenheit und Doppelzahlungsgefahr	113
3. Um die Jahrtausendwende: Extensive Handhabung durch den Court of Appeal	116
4. Beginnendes 21. Jahrhundert: Einschränkende Interpretation durch das House of Lords	119
C. <i>Receivership orders</i> als Mittel der Vollstreckung in Auslandsvermögen	124
D. Fazit	130
V. Frankreich	132
A. Grundstruktur des Verfahrens	132
1. Rechtslage vor der Reform 1991	132
2. Rechtslage nach der Reform 1991	136
B. Forderungspfändung im internationalen Verhältnis	141
1. Setzung des Zwangsvollstreckungsakts durch den <i>huissier de justice</i>	141
2. Vollstreckungsbezogene Gerichtsverfahren und Vollstreckungszuständigkeit	145
a) Entwicklung der Rechtsprechung zu vollstreckungsbezogenen Gerichtsverfahren	145
b) Verhältnis zwischen der Zuständigkeit für vollstreckungsbezogene Verfahren und der Zuständigkeit für die Setzung von Vollstreckungsmaßnahmen	151
c) Herausbildung des objektbezogenen Territorialitätsprinzips in der Literatur	155
d) Jüngste Tendenzen: Beharren und Auflockerung	157
C. Fazit	161

2. Teil

Vollstreckungsrechtliches Territorialitätsprinzip

I. Einführung	165
II. Adressat des Vollstreckungsakts	170
A. Vollstreckungsgewalt und Hoheitsakte gegen ausländische Adressaten	170
B. Der Vollstreckungsschuldner als Adressat des Vollstreckungsakts	173
C. Der Drittschuldner als Adressat eines Hoheitsakts	177
D. Fazit	182
III. Akt der grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung	184
A. Einführung	184

B. Grenzüberschreitende Zwangsvollstreckung als	
zustellrechtliches Problem	186
1. Allgemeines	186
2. Zustellung von Vollstreckungsakten im Rechtshilfeweg	188
a) Grundsätzliche Zulässigkeit der Rechtshilfezustellung in	
Vollstreckungssachen	188
b) Anwendungsbereich von Rechtshilfeübereinkommen und	
Souveränitätsvorbehalt	191
aa) Anwendbarkeit von HZÜ und EuZVO auf	
Vollstreckungsakte	191
bb) Ideelle Vollstreckungsakte und	
Souveränitätsvorbehalt	192
3. Inlandszustellung	198
4. Bestimmung des maßgeblichen Akts	203
5. Fazit	208
C. Inhalt des Vollstreckungsakts	209
1. Einführung	209
2. Forderungspfändung als Verhaltensanordnung	210
3. Inlandszwang	212
4. Inlandswirkung	213
5. Würdigung und Fazit	216
IV. Objekt der Zwangsvollstreckung	218
A. Hintergründe des objektbezogenen Territorialitätsprinzips	218
1. Allgemeines	218
2. Objektbezogenes Territorialitätsprinzip als	
Ausfluss des Verbots der Zwangsausübung auf	
fremdem Staatsgebiet	218
3. Unmittelbare Gestaltung der Rechtsverhältnisse am	
Vollstreckungsobjekt	219
4. Zwangsvollstreckung und Enteignung	227
B. <i>Situs</i> -Bestimmung	231
1. <i>Situs</i> -Bestimmung als normatives Problem	231
2. Rechtsnatur der Belegenheitsregeln	233
3. Dispositionsmöglichkeit des Vollstreckungsschuldners	234
4. Durchsetzbarkeit gegen den Drittschuldner	235
a) Erfüllungsort	235
b) Gerichtsstand für den Einziehungsprozess	239
c) Wohnsitz des Drittschuldners	242
d) Sonstige Kriterien	243
5. Rückgriff auf Belegenheitsregeln aus anderen	
Rechtsbereichen	244
a) Arrest- oder Vermögensgerichtsstände	244
b) Internationales Insolvenzrecht	247
c) Enteignungsrecht	249

6. Interessenabwägung	250
7. Würdigung	251
C. Fazit	254
V. Territorialitätsprinzip, Souveränität und Individualschutz	256
A. Einführung	256
B. Schranken für ideelle Vollstreckungsakte	257
C. Fazit	264
VI. Vollstreckungsrechtliches Territorialitätsprinzip und europäisches Zivilprozessrecht	267
A. Europäisches Zivilprozessrecht und „Schutz nationaler Souveränität“ in Vollstreckungssachen	267
B. Exequaturverfahren und extraterritoriale Vollstreckung	270
C. Art. 24 Nr. 5 EuGVVO/Art. 22 Nr. 5 LugÜ und europäisch- zivilverfahrensrechtliches Territorialitätsprinzip	277
1. Einführung	277
2. Art. 24 Nr. 5 EuGVVO/Art. 22 Nr. 5 LugÜ als Regelung der gerichtlichen Zuständigkeit	278
3. Art. 24 Nr. 5 EuGVVO/Art. 22 Nr. 5 LugÜ in der Rechtsprechung des EuGH	280
a) Überblick	280
b) Effektivität des Rechtsschutzes und Rechtsnähe	281
c) Beschränkung von Art. 24 Nr. 5 EuGVVO/ Art. 22 Nr. 5 LugÜ auf die Zwangsvollstreckung aus „Entscheidungen“	286
d) Fazit	289
4. Herkunft und historischer Hintergrund von Art. 24 Nr. 5 EuGVVO/Art. 22 Nr. 5 LugÜ	290
5. Art. 24 Nr. 5 EuGVVO/Art. 22 Nr. 5 LugÜ als Schutz der Autonomie des Vollstreckungsstaats bei der Überprüfung von Maßnahmen seiner eigenen Vollstreckungsbehörden	293
6. Keine Festlegung von Anknüpfungspunkten für die Zuständigkeit der Vollstreckungsbehörden in Art. 24 Nr. 5 EuGVVO/Art. 22 Nr. 5 LugÜ	295
D. Grenzüberschreitender einstweiliger Rechtsschutz und grenzüberschreitende Vollstreckung	296
1. Einführung	296
2. Europäisch-prozessrechtliche Vorgaben für den einstweiligen Rechtsschutz	297
3. „Reale Verknüpfung“, grenzüberschreitende Zwangsvollstreckung und einstweiliger Rechtsschutz nach Vorliegen eines vollstreckbaren Titels	303
4. Fehlendes rechtliches Gehör vor Erlass von Vollstreckungsmaßnahmen	307

5. EU-Kontenpfändung und extraterritoriale Vollstreckung nach nationalem Recht	312
a) Gegenstand und Regelungskonzept der EuKpfVO	312
b) EU-Kontenpfändung und nationale Sicherungsmaßnahmen	313
c) EU-Kontenpfändung und extraterritorialer Zugriff ohne Zwischenschaltung ausländischer Behörden	314
E. Fazit	316

3. Teil

Zuständigkeitsinteressen im internationalen Zwangsvollstreckungsrecht

I. Universalität der Haftung und Organisation des Vollstreckungszugriffs	319
A. Einführung	319
B. Diskriminierung und Effizienzprobleme bei der Inlandstitulierung	322
1. Diskriminierung bei Notwendigkeit der Inlandstitulierung	322
2. Effizienzprobleme bei Notwendigkeit der Inlandstitulierung	327
C. Diskriminierung und Effizienzprobleme bei der Inlandsvollstreckung aufgrund ausländischer Titel	328
1. Diskriminierung bei der Inlandsvollstreckung aufgrund ausländischer Titel	328
2. Effizienzprobleme bei der Vollstreckung aufgrund ausländischer Titel	330
D. Fazit	334
II. Parteiinteressen	337
A. Vollstreckungsgläubiger	337
1. Recht auf effektive Rechtsdurchsetzung als Teil des Justizgewährungsanspruchs	337
2. Verwertungsnahe	338
3. Nähe zum Erkenntnisgerichtsstand	340
4. Stabilität der Zuständigkeitsanknüpfung	343
5. Gläubigernähe	344
B. Vollstreckungsschuldner	346
1. Wohnsitz des Vollstreckungsschuldners und (sonstiger) Vermögensort	346
2. Erkenntnisgerichtsstand	349
3. Erweiterung des Vermögensgerichtsstands	350

4. Schutz des Schuldners vor der Durchsetzung nicht anererkennungsfähiger Entscheidungen	351
5. Effizienz	352
C. Zwischenfazit: Grundsätzliche Unbedenklichkeit extraterritorialer Vollstreckung im Verhältnis zwischen Vollstreckungsgläubiger und Vollstreckungsschuldner	353
D. Beschränkung des Vollstreckungsverfahrens auf das Verhältnis <i>inter partes</i>	355
1. Englische Maßnahmen <i>in personam</i> als denkbares Vorbild	355
2. Frankreich	357
3. Deutschsprachige Rechtsordnungen	360
a) <i>In personam</i> wirkende Maßnahmen als Mittel der Vollstreckung und Sicherung von Geldforderungen	360
aa) Deutschland	360
bb) Österreich	362
cc) Schweiz	363
dd) Schlussfolgerungen und Ausblick	364
b) Indirekter Zugriff im Weg der Handlungs- und Unterlassungsvollstreckung	369
4. Eingeschränkte Bedeutung der Unterscheidung zwischen Maßnahmen <i>in personam</i> und <i>in rem</i>	372
5. Fazit	374
E. Zuständigkeitsinteressen des Drittschuldners	375
1. Allgemeines	375
2. Schutz vor Titulierung außerhalb eines Erkenntnisgerichtsstands	381
a) Grundsatz	381
b) Prozessuale Trennung von Vollstreckungsverfahren und Einziehungsprozess	383
c) Einbettung der Titulierung gegenüber dem Drittschuldner in das Vollstreckungsverfahren	384
aa) England	384
bb) Frankreich	386
d) Vollstreckung bereits titulierter Forderungen gegen den Drittschuldner	388
e) Fazit	394
3. Erklärungs- und Mitwirkungspflichten des Drittschuldners	396
a) Drittschuldnererklärung	398
aa) Allgemeines	398
bb) Rechtswirkungen einer abgegebenen positiven Drittschuldnererklärung	398
(1) Vorbemerkungen	398

(2) Deutschsprachige Rechtsordnungen	400
(3) Frankreich	403
(4) England	403
cc) Konsequenzen bei unterlassener oder unrichtiger Drittschuldnererklärung	404
(1) Regelungsmodelle	404
(2) Deutschsprachige Rechtsordnungen	404
(3) Frankreich	408
(4) England	411
dd) Verhältnis zu Geheimhaltungspflichten	412
ee) Würdigung und Fazit	415
b) Rolle des Drittschuldners im Zusammenhang mit dem Schutz des Existenzminimums	418
aa) Allgemeines	418
bb) Deutschsprachige Rechtsordnungen	418
(1) Schweiz	418
(2) Deutschland und Österreich	419
cc) Frankreich	421
dd) England	424
ee) Fazit	424
4. Gefahr doppelter Inanspruchnahme und Anerkennungsprognose	425
a) Problemstellung	425
b) Lösungsansätze	426
c) Würdigung und Fazit	431
5. Fazit	439

4. Teil

Grenzüberschreitende Kooperation im Zwangsvollstreckungsrecht

I. Diskussionsstand	443
A. Einleitung	443
B. Europäisches Zivilverfahrensrecht	446
1. Keine Freizügigkeit von Pfändungsakten nach EuGVVO oder LugÜ	446
2. Freizügigkeit einstweiliger Maßnahmen und Ausschluss der Freizügigkeit von Vollstreckungsakten	449
3. Ausschluss grenzüberschreitender Freizügigkeit von Vollstreckungsmaßnahmen kraft europäischen Zivilprozessrechts?	451
4. Freizügigkeit einstweiliger Maßnahmen zur Sicherung der Vollstreckung	453

5. Freizügigkeit des Titels gegen den Drittschuldner	455
6. Fazit	456
C. Nationales Recht	456
1. Allgemeines	456
2. Schweiz	457
3. Deutschland	460
4. Österreich	470
5. England	473
6. Frankreich	478
7. Fazit	479
II. Würdigung	481
A. Allgemeines	481
B. Titelfreizügigkeit und Kooperation im Vollstreckungsverfahren	485
1. Verhältnis <i>de lege lata</i>	485
2. „Parallele Vollstreckung“ oder Kooperation auf Vollzugsebene aus rechtspolitischer Perspektive	488
3. Fazit	490
C. Anerkennung von Wirkungen einer vollzogenen Zwangsvollstreckung	490
1. Grundsätzliches	490
2. Anerkennungsfähigkeit	494
3. Qualifikation und anwendbares Recht	497
4. Anerkennungsvoraussetzungen	504
a) Einleitung	504
b) Indirekte Zuständigkeit	506
aa) Grundsätze	506
(1) Lösungsansätze in der Literatur	506
(2) Eigene Auffassung	508
bb) Konkurrierende Zuständigkeiten	510
cc) Vermögensbelegenheit als Anerkennungsvoraussetzung?	514
c) Gegenseitigkeit	517
d) <i>Ordre public</i>	518
aa) Unterbliebene Zustellung an den Drittschuldner	519
bb) Mehrfache Pfändung	520
cc) Fehlender Schutz des Existenzminimums	522
dd) Drohende doppelte Inanspruchnahme des Drittschuldners	523
e) Anerkennungsfähigkeit des Titels	523
5. Normative Berücksichtigung auf materiellrechtlicher Ebene	525
6. Fazit	526
D. Anerkennung von Titeln über die gepfändete Forderung	528
1. Allgemeines	528

2. Im Besonderen: Europäisches Zivilverfahrensrecht	529
a) Allgemeine Voraussetzungen	529
b) Anerkennungsversagungsgründe	532
aa) <i>Ordre public</i>	532
bb) Unvereinbare Entscheidungen	535
cc) Verletzung der zwingenden Zuständigkeit für vollstreckungsbezogene Verfahren	536
3. Anerkennung eines Titels zugunsten des Vollstreckungsschuldners im Pfändungsstaat	538
4. Fazit	540
E. Materiellrechtlicher Schutz des Drittschuldners	541
1. Faktische Berücksichtigung einer nicht anerkennungsfähigen ausländischen Pfändung	541
a) Grundsätze	541
b) Schuldbefreiung oder Leistungsverweigerungsrecht gegenüber dem Vollstreckungsschuldner	546
aa) Mögliche Schutzmechanismen	546
bb) Voraussetzungen	547
(1) Intensität des Zwangs gegenüber dem Drittschuldner	547
(2) Indirekte Zuständigkeit oder Vermögensbelegenheit	547
(3) Anerkennungsfähigkeit des Titels	548
(4) <i>Ordre-public</i> -Widrigkeit des Vollstreckungsakts	549
cc) Obliegenheiten des Drittschuldners	549
(1) Verteidigung der Rechtsposition des Vollstreckungsschuldners	549
(2) Hinterlegung	551
(3) Information des Vollstreckungsschuldners	551
2. Befreiende Wirkung einer Leistung an den Vollstreckungsschuldner	552
3. Bereicherungsrechtlicher Schutz des Drittschuldners	553
4. Drittschuldnerschutz durch Rechtshandlungen des Vollstreckungsschuldners	555
5. Fazit	557

Zusammenfassung und Schluss

Zusammenfassung und Schluss	559
Literaturverzeichnis	571
Entscheidungsverzeichnis	597
Sachregister	611

Abkürzungsverzeichnis

1. ZPEMRK	Erstes Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention
a[Gesetz]	alte bzw. frühere Fassung der betreffenden Bestimmung
a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angeführten Ort
AB	Aufsichtsbehörde
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch, Österreich
abl.	ablehnend
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften/ der Europäischen Union
Abs.	Absatz
abV	alte Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874, in Kraft bis 31. Dezember 1999
abw.	abweichend
AC	Appeals Cases
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AJ	Actualité jurisprudentielle
AJP	Aktuelle juristische Praxis
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
a.M.	am Main
Am. J. Comp. L.	The American Journal of Comparative Law
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AppH	Appellationshof
ArbG	Arbeitsgericht
Archiv SchK	Archiv für Schuldbetreibung und Konkurs
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)
AUG	Gesetz zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Verkehr mit ausländischen Staaten, Deutschland
AVAG	Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz, Deutschland

BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BBl	Bundesblatt, Schweiz
Bd.	Band
BDGVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BE	Kanton Bern
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
BEG	Bundesgesetz über Buheffekten (Buheffektengesetz, BEG) vom 3. Oktober 2008, SR 957.1
Begr.	Begründer
BezG	Bezirksgericht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch, Deutschland
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichtes. Amtliche Sammlung
BGer	Schweizerisches Bundesgericht
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BJM	Basler Juristische Mitteilungen
BK	Berner Kommentar
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BlIntPr	Blätter für Internationales Privatrecht
BlgNR	Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, Österreich
BlSchK	Blätter für Schuldbetreibung und Konkurs
BöhmsZ	Zeitschrift für Internationales Privat- und Strafrecht
BS	Kanton Basel-Stadt
BSK	Basler Kommentar
BStGer	Bundesstrafgericht
Bull. civ.	Bulletin des arrêts de la Cour de Cassation
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
C. trav.	Code du travail, Frankreich
CA	Court of Appeal (England) / Cour d'appel (Frankreich)
Cass. 1 ^{re} civ.	Cour de cassation française – Première chambre civile
Cass. 2 ^e civ.	Cour de cassation française – Deuxième chambre civile
Cass. civ.	Cour de cassation civile française
Cass. com.	Chambre commerciale, financière et économique de la Cour de cassation française
Cass. req.	Chambre des requêtes de la Cour de cassation française
CC	Code civil, Frankreich
Ch	Chancery Division
Ch.	Chapter
chIPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht, Schweiz
Chron.	Chronique
Chron. Cour cass.	Chronique de jurisprudence de la Cour de cassation
chIPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht, Schweiz
chZPO	schweizerische Zivilprozessordnung

CJQ	Civil Justice Quarterly
CLC	Commercial Law Cases
CLJ	Cambridge Law Journal
Co	Company
Comm	Commercial Division
Comm.	Commentaire/-s
Corp	Corporation
CPC	Code de procédure civile, Frankreich
CPCE	Code des procédures civiles d'exécution, Frankreich
CPO	Civilprozeßordnung für das Deutsche Reich
CPR	Civil Procedure Rules, England und Wales
CR	Commentaire Romand
CSES	Centre for Strategy & Evaluation Services
D. Kan.	District of Kansas
D.	Recueil Dalloz, Recueil Dalloz Sirey
DanzJM	Danziger Juristische Monatsschrift
DB	Der Betrieb
dens.	denselben
ders.	derselbe
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher Zeitung
d.h.	das heißt
D.H.	Dalloz, recueil hebdomadaire de jurisprudence
dies.	dieselbe
DIP	Droit international privé
DJT	Deutscher Juristentag
Dok.-Nr.	Dokumenten-Nummer
DP	Dalloz Périodique
dZPO	Zivilprozessordnung, Deutschland
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
E.	Erwägung
ECFR	European Company and Financial Law Review
ECLI	European Case Law Identifier
ecolex	Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche, Deutschland
EGJN	Einführungsgesetz zur Jurisdiktionsnorm, Österreich
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950
endg.	endgültig
EO	Exekutionsordnung, Österreich
ERPL	European Review of Private Law
ErwGr	Erwägungsgrund
etc.	et cetera

EU	Europäische Union
EuBagatellVO	Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen
EuBVO	Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates vom 28. Mai 2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968
EuGVVO [2012]	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuInsVO	Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren
EuInsVO 2015	Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren (Neufassung)
EuKpfVO	Verordnung (EU) Nr. 655/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Einführung eines Verfahrens für einen Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung im Hinblick auf die Erleichterung der grenzüberschreitenden Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handelssachen.
EuKpfVO-E	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines Europäischen Beschlusses zur vorläufigen Kontenpfändung im Hinblick auf die Erleichterung der grenzüberschreitenden Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handelssachen, KOM(2011) 445 endg.
EuMahnVO	Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens
EuUntVO	Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen
EuVTVO	Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen
EuZPR	europäisches Zivilprozessrecht

EuZVO	Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (Zustellung von Schriftstücken) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates
EuZVR	europäisches Zivilverfahrensrecht
EvBl	Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen
EWCA Civ	England and Wales Court of Appeal (Civil Division)
EWHC	High Court of Justice of England and Wales
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f.	und folgende Seite
fasc.	fascicule
ff.	und folgende Seiten
FG	Festgabe
Fn.	Fußnote
frz.	französisch/-e/-er
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt
GE	Kanton Genf
gem.	gemäß
ggT.	gegenteilig
GH	Gerichtshalle
gl.	gleich/-e/-er
GIUNF	Glaser/Unger Neue Folge
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GP	Gesetzgebungsperiode (Österreich)
GR	Kanton Graubünden
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil
GS	Gedächtnisschrift
GVP	Gerichts- und Verwaltungspraxis
HA 1896	Haager Abkommen zur Regelung von Fragen des internationalen Privatrechts vom 14. November 1896
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
HansRGZ	Hanseatische Rechts- und Gerichts-Zeitschrift
Hdb.	Handbuch
HGer	Handelsgericht
HL	House of Lords
HPÜ 1905	Haager Abkommen über den Zivilprozess vom 17. Juli 1905
HPÜ 1954	Haager Übereinkommen vom 1. März 1954 über den Zivilprozess
Hrsg.	Herausgeber

HZÜ	Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und aussergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 15. November 1965
IBAN	International Bank Account Number
i.c.	in casu
ICJ	International Court of Justice
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
IECL	International Encyclopedia of Comparative Law
IGH	Internationaler Gerichtshof
IIR	internationales Insolvenzrecht
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung, Deutschland
int.	international/-e/-er/-es
InVO	Insolvenz und Vollstreckung
IO	Insolvenzordnung, Österreich
IPR	internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRspr	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts
IR	Informations rapides
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
i.Ü.	im Übrigen
i.V.m.	in Verbindung mit
IZPR	internationales Zivilprozessrecht
IZVR	internationales Zivilverfahrensrecht
J	Justice
J.-Cl. dr. int. fasc.	Juris-Classeur – Droit international
JBl	Juristische Blätter, Wien
J.B.L.	Journal of Business Law
JCP E	La Semaine Juridique Entreprise et Affaires
JCP	La Semaine Juridique
JDBF	Journée de droit bancaire et financier, Genf
JDI	Journal du droit international
JdT	Journal des Tribunaux
Jh.	Jahrhundert
JMBL	Justizministerialblatt
JN	Jurisdiktionsnorm, Österreich
JR	Juristische Rundschau
Jun.	Juni
Jur.	Jurisprudence
JurBüro	Das Juristische Büro
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	JuristenZeitung

Kap.	Kapitel
KB	King's Bench Division
KG	Kammergericht, Kreisgericht, Kommanditgesellschaft
KGer	Kantonsgericht
KOM	Europäische Kommission
KOV	Verordnung über die Geschäftsführung der Konkursämter
krit.	kritisch
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht
LAG	Landesarbeitsgericht
Lb.	Lehrbuch
LG	Landesgericht
lit.	litera
Lit.	Literatur
LJ	Lord Justice
Lloyd's Rep.	Lloyd's Law Reports
LMCLQ	Lloyd's Maritime and Commercial Law Quarterly
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung Lindenmaier-Möhring
LP	Loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (siehe auch SchKG)
LSG	Landessozialgericht
Ltd	Limited Company
LugÜ [2007]	Übereinkommen vom 30. Oktober 2007 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
LugÜ 1988	Übereinkommen vom 16. September 1988 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m.E.	meines Erachtens
m.H.	mit Hinweisen
MR	Master of the Rolls
MünchKommBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MünchKommInsO	Münchener Kommentar zur Insolvenzordnung
MünchKommZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
n°	numéro
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
No	Number
Nos	Numbers
Nr.	Nummer
Nw.	Nachweis/-e

NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
Ob. Trib.	Oberstes Tribunal
ÖBA	Österreichisches Bankarchiv
öBGBI	Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich
ÖBl	Österreichische Blätter für Gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht
OGer	Obergericht
OGH	Oberster Gerichtshof
OHG	Offene Handelsgesellschaft
ÖJT	Österreichischer Juristentag
OLG	Oberlandesgericht
OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht)
öRGBI	Reichsgesetzblatt für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder, Österreich
ors	others
öRZ	österreichische Richterzeitung
OVG	Oberverwaltungsgericht
öZPO	Zivilprozessordnung, Österreich
P	Probate Division
Pan.	Panorama
PC	Privy Council
Pkt.	Punkt
Pra	Die Praxis
preuß.	preußisch/-e/-er
QB	Queen's Bench
QBD	Queen's Bench Division
r.	rule
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdC	Recueil des Cours
RdW	Österreichisches Recht der Wirtschaft
Recht	Zeitschrift für juristische Weiterbildung und Praxis
Rev. crit. DIP	Revue critique de droit international privé
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RHE	Rechtshilfeersass
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RLDA	Revue Lamy Droit des Affaires
Rn.	Randnummer
Rom-I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I)

Rom-II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II)
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
RPfISlgE	Rechtspfleger-Sammlung von Rechtsmittelentscheidungen in Exekutionssachen
Rs.	Rechtssache
RSC	Rules of the Supreme Court
Rsp	Die Rechtsprechung
Rspr.	Rechtsprechung
RTD civ.	Revue trimestrielle de droit civil
S.	Seite, Recueil Sirey
S.D.N.Y.	Southern District of New York
SA	Schlussanträge
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren, München
SchKG	Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz
SeuffA	Seufferts Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten
SG	Kanton St. Gallen
SJ	Semaine judiciaire, Genève
SJIR	Schweizerisches Jahrbuch für internationales Recht
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
Slg.	Sammlung
sog.	so genannte/-r/-s
Somm.	Sommaires commentés
Sp.	Spalte
SPR	Schweizerisches Privatrecht
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts, Schweiz
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch
str.	strittig
SVA	Entscheidungen schweizerischer Gerichte in privaten Versicherungsstreitigkeiten
sys.	systematische/-r/-s
SZ	Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivilsachen
SZW	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzmarktrecht
SZZP	Schweizerische Zeitschrift für Zivilprozessrecht
TC	Tribunal civil
TGI	Tribunal de grande instance
TI	Kanton Tessin
U.	Urteil
u.a.	und andere; unter anderem
u.U.	unter Umständen
UAbs.	Unterabsatz

UKHL	United Kingdom House of Lords
UKPC	Privy Council (United Kingdom)
UrhG	Urheberrechtsgesetz, Deutschland
USA	Vereinigte Staaten (United States of America)
v	versus
v.	vom/von
vgl.	vergleiche
VO 44/2001	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
WLR	The Weekly Law Reports
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WuB	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht
YbPIL	Yearbook of Private International Law
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z.B.	zum Beispiel
ZBJV	Zeitschrift des bernischen Juristenvereins
ZBl	Zentralblatt für die juristische Praxis
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZG	Kanton Zug
ZGB	Zivilgesetzbuch
ZH	Kanton Zürich
Ziff.	Ziffer
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZK	Zürcher Kommentar
ZP EMRK	Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention
ZPO	Zivilprozessordnung
ZPR	Zivilprozessrecht
ZR	Blätter für Zürcherische Rechtsprechung, Zürich
ZRHÖ	Rechtshilfeordnung für Zivilsachen
ZRS	Zivilrechtssachen
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
z.T.	zum Teil
zust.	zustimmend
zutr.	zutreffend
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess, Köln
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International, Köln
ZZZ	Schweizerische Zeitschrift für Zivilprozess- und Zwangsvollstreckungsrecht, Zürich

Einleitung

I. Problemstellung

Das internationale Zwangsvollstreckungsrecht wurde in den vergangenen Jahrzehnten vor allem unter dem Gesichtspunkt der Abgrenzung staatlicher Souveränitätssphären erörtert. Ausgangspunkt der Überlegungen war und ist meist die Feststellung, die Zwangsvollstreckung als staatlicher Hoheitsakt müsse „an den Staatsgrenzen haltmachen“.¹ Die Folgerungen, die daraus gezogen werden, fallen freilich ganz unterschiedlich aus. Manche erheben gegen Vollstreckungsakte mit grenzüberschreitenden Bezügen sehr weitreichende völkerrechtliche Bedenken. Andere halten nur physische Zwangsakte auf fremdem Staatsgebiet für unzulässig; davon abgesehen könnten die Regelungen über die örtliche Zuständigkeit für die Zwangsvollstreckung auch im internationalen Verhältnis angewendet werden.² Bei aller Unterschiedlichkeit haben diese Ansätze eines gemeinsam: Sie stellen die Frage nach den völkerrechtlichen Grenzen der Vollstreckungsgewalt in den Mittelpunkt.

Durch die Konzentration auf völkerrechtliche Schranken wird der Blick auf die Sachprobleme des internationalen Zwangsvollstreckungsrechts vielfach verstellt.³ Das mag einer der Gründe dafür sein, dass die Entwicklung eines eigenständigen, auf die spezifischen Interessenkonstellationen und Wertungsfragen, die sich hier stellen, fokussierten internationalen Zwangsvollstreckungsrechts erst am Anfang steht, wenngleich die Beschäftigung mit den hier bestehenden Rechtsproblemen in den letzten Jahren einen beachtlichen Aufschwung erlebt hat.

Diese Arbeit will einen Beitrag zur Diskussion der dogmatischen Grundlagen des internationalen Zwangsvollstreckungsrechts und der hier bestehen-

¹ Zur Dominanz dieses Zugangs etwa *Hess* in *Andenas/Hess/Oberhammer*, *Enforcement Agency Practice* 25.

² Vgl. zum Ganzen näher 2. Teil, I.

³ Dieses Problem tritt zuweilen auch im Recht der internationalen Zuständigkeit und der Titelerkennung auf. Dort hat sich jedoch das Bewusstsein, dass die Interessen der betroffenen Parteien und nicht jene der beteiligten Staaten in den Mittelpunkt gestellt werden sollten, schon deutlich stärker durchgesetzt; vgl. in diesem Zusammenhang etwa *Martiny*, *Hdb. IZVR III/1*, Kap. I Rn. 75.

den Sachprobleme leisten. Dabei soll die Frage im Mittelpunkt stehen, inwieweit die staatliche Vollstreckungsgewalt auf inländisches Vermögen beschränkt ist – und was dies insbesondere für den grenzüberschreitenden Zugriff auf unkörperliche Vermögenswerte bedeutet.⁴ Im Anschluss daran und in Zusammenhang damit soll ferner auf die Problematik der grenzüberschreitenden Kooperation in Vollstreckungssachen eingegangen werden.⁵

Die Forderungspfändung bietet sich hier als Anschauungsbeispiel insofern an, als sie zum einen unter den Geldvollstreckungsarten bei weitem die größte praktische Bedeutung haben dürfte (zumindest soweit die Vollstreckung in das bewegliche Vermögen in Frage steht) und zum anderen Forderungen (und andere unkörperliche Vermögensgegenstände) aus heutiger Sicht nach der Ausgestaltung der nationalen Vollstreckungsrechte als Gegenstände eines grenzüberschreitenden Vollstreckungszugriffs praktisch allein in Betracht kommen. Hinzu kommt, dass gerade anhand der Forderungspfändung besonders deutlich wird, wie sehr die Auseinandersetzung über das Territorialitätsprinzip an den eigentlichen Sachproblemen des internationalen Zwangsvollstreckungsrechts vorbeigeht.

Während in den vergangenen Jahrzehnten ein dichtes Netz von völkerrechtlichen Verträgen und (in der EU) von Unionsrechtsakten über die grenzüberschreitende Freizügigkeit von Titeln zum Zweck der Vollstreckung außerhalb des Titelstaats gewoben wurde und darüber hinaus heute auch die nationalen Rechte eine Inlandsvollstreckung aufgrund ausländischer Titel regelmäßig – teils mehr, teils minder großzügig – zulassen, fehlen ausdrückliche Bestimmungen über den Umgang mit grenzüberschreitenden Bezügen im eigentlichen Vollstreckungsverfahren fast gänzlich. Weder auf staatsvertraglicher Ebene noch in den nationalen Rechten finden sich typischerweise Regeln, welche den Zugriff auf Auslandsvermögen ausdrücklich gestatten oder ausschließen würden; ebenso fehlt es regelmäßig an sonstigen Normen über den Umgang mit grenzüberschreitenden Bezügen im eigentlichen Vollstreckungsverfahren. Wenn eine Beschränkung der Zugriffsmacht auf Inlandsvermögen angenommen wird, so wird dies auf ungeschriebene Grundsätze des nationalen Rechts oder des Völkerrechts zurückgeführt; sowohl über die Rechtfertigung dieser Beschränkung als auch über ihre Tragweite bestehen allerdings sehr unterschiedliche Vorstellungen.

Auch auf europäischer Ebene ist man im Bereich der Kooperation auf der Ebene des eigentlichen Vollstreckungsverfahrens über erste zögerliche Schritte bisher kaum hinausgekommen. Der Schwerpunkt der europäischen Rechtsentwicklung liegt weiterhin auf der Titelfreizügigkeit. Eine Ausnahme ist die inzwischen erlassene Verordnung über die vorläufige Kontenpfändung

⁴ 1. bis 3. Teil.

⁵ 4. Teil.

(EuKpFVO).⁶ Auch dieser Rechtsakt wird aber gewiss nicht alle bestehenden Probleme des internationalen Zwangsvollstreckungsrechts lösen. Im Gegenteil zeigen die dort vorgesehenen Regelungen und die beschränkte Tragweite des Instruments, dass die Diskussion über das internationale Zwangsvollstreckungsrecht auch in der EU noch ganz am Anfang steht.⁷ Eine Vereinheitlichung des internationalen Zwangsvollstreckungsrechts, so erstrebenswert sie sein mag,⁸ dürfte sich als schwieriges und langwieriges Unterfangen erweisen.⁹

Vor allem aber wird eine unionsrechtliche Regelung auf das Verhältnis zwischen den EU-Staaten beschränkt bleiben und daher etwa die Schweiz (und damit einen bedeutenden europäischen Finanzplatz) nicht erfassen. Die Erfahrungen mit dem internationalen Insolvenzrecht lehren, dass hier auch nicht ohne weiteres mit einer Ausdehnung auf die Schweiz auf staatsvertraglicher Grundlage oder mit einem autonomen Nachvollzug zu rechnen ist. Zahlreiche andere bedeutsame Bankenplätze wären in ein europäisches Regime ebenfalls nicht eingebunden.¹⁰ Angesichts der Sonderstellung des Vereinigten Königreichs würde ein Unionsrechtsakt zudem den bedeutendsten Bankenplatz innerhalb der EU nicht zwangsläufig erfassen; so beteiligt sich das Vereinigte Königreich auch nicht an der EuKpFVO (ErwGr 50 der

⁶ Dazu insbesondere 2. Teil, VI.D.5.

⁷ Ähnliche Einschätzung bei *Riebold*, Europäische Kontopfändung 407.

⁸ Zumindest eine Teilharmonisierung auf EU-Ebene befürwortend etwa *Andenas* in *Andenas/Hess/Oberhammer*, Enforcement Agency Practice 22 f.; *A.K. Bitter*, Vollstreckbarerklärung 229 ff.; *de Cristofaro*, Effektivität, in *Kengyel/Harságy*, Grenzüberschreitende Vollstreckung 304 ff.; *Galič* in *Kengyel/Harságy*, Grenzüberschreitende Vollstreckung 353 ff.; *Harságy/Kengyel* in *Kengyel/Harságy*, Grenzüberschreitende Vollstreckung 401 ff.; *Hess*, Study JAI/A3/2002/02, 149 ff.; *ders.*, DGVZ 2010, 47; *ders./Raffelsieper*, IPRax 2015, 52; *Kennett*, Enforcement 283 ff.; *dies.* in *Storme*, Procedural Laws in Europe 107 ff.; *Mack*, IPRax 2005, 559; *Miquel Sala* in *Kengyel/Harságy*, Grenzüberschreitende Vollstreckung 282 f., 286 ff.; *Schimrick*, Forderungsvollstreckung 253; zurückhaltend *Riebold*, Europäische Kontopfändung 408 ff.; eine Unionskompetenz zumindest *de lege lata* verneinend (aber für eine autonome Angleichung der nationalen Rechte) *Stamm* in *Leible/Terhechte*, Europäisches Rechtsschutz- und Verfahrensrecht § 28 Rn. 6 ff.

⁹ Vgl. auch *Riebold*, Europäische Kontopfändung 409 ff.

¹⁰ Freilich wäre es nicht undenkbar, auf Seiten der EU die einschlägigen Rechtsgrundlagen künftig auch im Verhältnis zu Drittstaaten zu vereinheitlichen. Die Erfahrung aus der Revision der EuGVVO zeigt aber, dass damit nicht ohne weiteres bald zu rechnen ist: Die Kommission hatte ursprünglich noch vorgeschlagen, die internationale Zuständigkeit und die Rechtshängigkeit im Verhältnis zu Drittstaaten umfassend in der EuGVVO zu regeln. Schon dieses Vorhaben wurde nur sehr eingeschränkt verwirklicht. Die Anerkennung und Vollstreckung von Drittstaatenentscheidungen war auch im Kommissionsvorschlag außen vor geblieben (zum Ganzen *Domej*, *RabelsZ* 78 [2014] 521 ff. m.w.N.). Gerade diese Frage ist aber im Bereich des internationalen Zwangsvollstreckungsrechts von essentieller Bedeutung. Von selbst versteht sich i.Ü., dass ein europäischer Rechtsakt über die Kooperation in Vollstreckungssachen für Drittstaaten nicht verbindlich wäre.

EuKpfVO).¹¹ Insofern dürfte das autonome internationale Zwangsvollstreckungsrecht seine Bedeutung nicht allzu bald verlieren. Zudem scheint es, als würden gerade die Umstände, welche die Schaffung von Regelungen auf völkerrechtlicher oder europarechtlicher Ebene besonders wünschenswert machen (nämlich das Beharren auf Territorialitätsprinzip und souveränitätsrechtlichen Schranken der Kooperation in Vollstreckungssachen zum Nachteil der betroffenen Privaten), der Schaffung entsprechender Rechtsakte im Weg stehen, weil man darin einen Souveränitätsverzicht von besonderer Qualität sähe. All das ist Anlass genug, den Schwerpunkt in dieser Arbeit auf das nationale Recht der grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung zu legen.¹²

¹¹ Vgl. dazu auch *Domej*, ZEuP 2013, 520.

¹² Ganz zu schweigen davon, dass mangelhafte Kenntnis des geltenden Rechts und seiner Entwicklung auch die Konzeption neuer Rechtsinstrumente leiden lässt, wie die Erfahrungen mit einigen europäisch-zivilverfahrensrechtlichen Rechtsinstrumenten jüngerer Bauart zeigen.

II. Gang der Untersuchung

Das internationale Zwangsvollstreckungsrecht lag in der Nachkriegszeit lange in einem Dornröschenschlaf, aus welchem es erst in jüngster Zeit nach und nach erwacht. Es wäre aber ein Irrtum anzunehmen, die einschlägigen Rechtsfragen wären für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis überhaupt völlig neu. Vielmehr gab es bereits Phasen (namentlich um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert sowie in der Zwischenkriegszeit), in denen die Probleme, die sich in Vollstreckungsverfahren mit grenzüberschreitenden Bezügen stellen, in Rechtsprechung und Literatur verhältnismäßig breit diskutiert wurden, bevor sie – offensichtlich unter dem Einfluss weltgeschichtlicher Ereignisse, welche die internationale Kooperationsbereitschaft auch auf dem Gebiet des Privatrechts negativ beeinflussten – wieder weitgehend in Vergessenheit gerieten. Insofern muss (auch) auf dem Gebiet des internationalen Zwangsvollstreckungsrechts das Rad nicht (oder zumindest nicht gänzlich) neu erfunden werden.

Hier soll nicht zuletzt auch an diese früheren Bemühungen angeknüpft werden. Die Arbeit beginnt daher mit einem Überblick über die Entwicklung der international-zwangsvollstreckungsrechtlichen Diskussion, insbesondere jener über die internationale Zuständigkeit für die Forderungspfändung, etwa seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert¹ bis heute (mit vereinzelt Rückgriffen auf die vorangehende – allerdings insgesamt eher schwach dokumentierte – Epoche).² Dabei wird (jeweils nach einem knappen Überblick über die Struktur des nationalen Verfahrens der Forderungspfändung) das Recht der internationalen Forderungspfändung der Schweiz, Deutschlands, Österreichs, Englands und Frankreichs in den Blick genommen. Wenn zunächst die Form von Länderberichten gewählt wird, so ist dies nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass die Herangehensweise an Fragen des internationalen Zwangsvollstreckungsrechts bis zu einem gewissen Grad durch die Struktur des nationalen Vollstreckungsverfahrens mitgeprägt wird.³ Wenn-

¹ Aus der Perspektive der deutschsprachigen Staaten ist somit im Wesentlichen die Periode seit der Inkraftsetzung der großen zivilprozessualen (bzw. in der Schweiz: zwangsvollstreckungsrechtlichen) Kodifikationen Gegenstand der Betrachtung.

² 1. Teil.

³ Vgl. in diesem Zusammenhang – sowie zu den unterschiedlichen Konzepten der Organisation der Vollstreckungsorgane – etwa auch *Kennett* in *Storme*, *Procedural Laws in*

gleich diese Arbeit nicht den Anspruch erhebt, eine rechtshistorische Untersuchung zu sein, soll dabei versucht werden, die Entwicklungslinien in der betrachteten Zeitspanne nachzuzeichnen. Werden nämlich Belege und Argumente aus unterschiedlichen Entwicklungsphasen einander schlicht als konkurrierende Ansätze gegenübergestellt, wie es bisweilen geschieht, so kann ein irreführendes Bild entstehen: Noch mehr als in anderen Rechtsbereichen scheinen hier divergierende Positionen häufig auch Ausdruck eines (manchmal rasch wechselnden) Zeitgeists zu sein; zumindest geben die Meinungsumschwünge, die nicht selten bei ein und demselben Autor (oder zumindest in verschiedenen Auflagen eines und desselben Werks) anzutreffen sind,⁴ Anlass zu dieser Vermutung.⁵

Bei allen Unterschieden im Grundsatz und im Detail zwischen den untersuchten nationalen Systemen wird sich freilich auch zeigen, dass der Zusammenhang zwischen der Ausgestaltung des nationalen Vollstreckungsrechts und den Lösungen, die in den betreffenden Rechtsordnungen für international-vollstreckungsrechtliche Sachprobleme vertreten werden, weniger zwingend ist als manchmal angenommen. In der Folge soll daher in einer problemorientierten Analyse auf Grundlagen und Bedeutung des sogenannten vollstreckungsrechtlichen Territorialitätsprinzips eingegangen werden.⁶ In einem eigenen Abschnitt wird dabei insbesondere auch das Verhältnis zwischen europäischer Titelfreizügigkeit und grenzüberschreitender Zwangsvollstreckung thematisiert.⁷

Wie zu zeigen sein wird, ist das Konzept des vollstreckungsrechtlichen Territorialitätsprinzips wenig hilfreich, wenn es darum geht, Probleme der internationalen Zuständigkeit in Vollstreckungssachen – gerade, wenn der Zugriff auf unkörperliches Vermögen in Frage steht – adäquat zu erfassen und zu lösen.⁸ Die – zumindest bis zu einem gewissen Grad durchaus legitimen – zuständigkeitsrechtlichen Interessen namentlich des Drittschuldners, die eine Einschränkung des Zugriffs im grenzüberschreitenden Rechtsver-

Europe 100 ff. sowie die Beiträge in Andenas/Hess/Oberhammer, *Enforcement Agency Practice*; Kengyel/Harságy, *Grenzüberschreitende Vollstreckung*; Stürner/Kawano, *Comparative Studies on Enforcement*.

⁴ Vgl. 1. Teil, II.B.4.

⁵ Nicht zu verkennen ist freilich auch, dass diese Volatilität zum Teil auch eine schlichte Konsequenz des Umstands sein dürfte, dass es sich um ein Rechtsgebiet handelt, über dessen dogmatische Grundlagen damals wie heute insgesamt noch große Unsicherheit bestand und besteht.

⁶ 2. Teil.

⁷ 2. Teil, VI.

⁸ Vgl. insbesondere 2. Teil, V.

kehr erheischen können, sind stattdessen als solche zu benennen und zu erfassen.⁹

Mehr noch als im Bereich des Erkenntnisverfahrens besteht im internationalen Zwangsvollstreckungsrecht eine Wechselbeziehung zwischen dem Recht der (direkten) internationalen Zuständigkeit und der grenzüberschreitenden Kooperation. Namentlich ist die mangelhaft ausgebildete Bereitschaft zur Gewährung von Rechtshilfe in Vollstreckungssachen, besonders aber zur Anerkennung ausländischer Vollstreckungsakte ein wesentlicher Grund für die massiven Belastungen, die (vor allem) dem Drittschuldner im Fall einer grenzüberschreitenden Pfändung drohen können. Der unterentwickelte Rechtszustand in diesem Bereich wird im vierten Teil der Arbeit diskutiert; dabei soll deutlich gemacht werden, dass sich die Frage nach einer Anerkennung ausländischer Vollstreckungsakte auf unterschiedlichen Ebenen stellen kann – und dass die Voraussetzungen einer derartigen Anerkennung (oder zumindest Berücksichtigung) nicht notwendigerweise auf allen diesen Ebenen dieselben sein müssen.¹⁰

Ausgangsbasis ist dabei durchweg, dass es sich bei der Zwangsvollstreckung wegen privatrechtlicher Forderungen um ein Instrument der Haftungsverwirklichung unter Privaten handelt, deren Interessen deshalb bei der Analyse und Bewältigung der hier bestehenden Probleme im Mittelpunkt stehen müssen. Der souveränitätsrechtliche Zugang zum internationalen Zwangsvollstreckungsrecht, wie er namentlich in der Nachkriegszeit dominierte, eignet sich nicht dazu, die grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung interessengerecht zu ordnen. Wenngleich nicht zu verkennen ist, dass souveränitätsrechtliche Argumente der Sache nach häufig im Interesse des Individualschutzes eingesetzt werden, vermag der territorialistische Zugang gerade die Wahrung der Interessen des primär schutzwürdigen Drittschuldners nicht zuverlässig zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund wird hier die These verfochten, dass allein eine Betrachtungsweise, die sich vom Souveränitätsdenken löst, stattdessen die international-privatrechtlichen und international-zivilverfahrensrechtlichen Interessen der beteiligten Privaten in den Mittelpunkt stellt und auf dieser Basis namentlich die Risiken mangelhaft ausgebildeter grenzüberschreitender Kooperation interessengerecht zuweist, eine Grundlage für ein funktionsfähiges internationales Zwangsvollstreckungsrecht schaffen kann.

⁹ Dazu insbesondere 2. Teil, II.

¹⁰ Vgl. dazu 4. Teil.

1. Teil

Entwicklung und Stand der Diskussion in ausgewählten Rechtsordnungen

I. Schweiz

A. Grundstruktur des Verfahrens

1. Vorbemerkung

Das schweizerische Verfahren der Geldvollstreckung nach dem SchKG zerfällt in zwei Stadien, das Einleitungs- und das Fortsetzungsverfahren. Das Einleitungsverfahren und die darin eingebetteten gerichtlichen (oder Verwaltungs-)Verfahren dienen der Schaffung oder Überprüfung eines Vollstreckungstitels, während der eigentliche Zugriff auf das schuldnerische Vermögen grundsätzlich¹ erst im Fortsetzungsstadium erfolgt. Die strukturellen Eigenheiten, die das schweizerische Vollstreckungsverfahren (zumindest aus heutiger Sicht) deutlich von den Nachbarrechtsordnungen abheben, betreffen in erster Linie das Einleitungsverfahren, wenngleich auch das Fortsetzungsverfahren eine Reihe von Besonderheiten aufweist, die dem schweizerischen Zwangsvollstreckungsrecht ein eigenes Gepräge verleihen. In dieser Arbeit interessiert primär das Fortsetzungsverfahren, das heißt jener Abschnitt des Betreibungsverfahrens, in welchem der Bestand eines Vollstreckungstitels nicht mehr in Rede steht, sondern es um den eigentlichen Zugriff auf die schuldnerischen Vermögenswerte geht. Auf die Besonderheiten des Einleitungsverfahrens soll daher nicht weiter eingegangen werden.

¹ Dem Einleitungsverfahren kann allerdings unter bestimmten Voraussetzungen ein Arrest vorausgehen. Bei ausländischem Wohnsitz des Vollstreckungsschuldners ist ein solcher vielfach sogar notwendig, um überhaupt einen Betreibungsort (nämlich jenen des Arrests gemäß Art. 52 SchKG) zu schaffen, an dem dann die Einleitung und Fortsetzung des Betreibungsverfahrens stattfinden kann. Die inländische Belegenheit von Schuldnervermögen schafft insofern nur mittelbar (nämlich über den Umweg der Arrestlegung) einen Betreibungsort. Zudem kann im Fall der provisorischen Rechtsöffnung eine provisorische Pfändung – und damit Fortsetzung der Betreibung – auch schon stattfinden, wenn das Einleitungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist (Art. 83 Abs. 1 SchKG).

2. Pfändung

Der Vollzug der Pfändung² erfolgt durch Erklärung des Betreibungsbeamten gegenüber dem Vollstreckungsschuldner.³ Alle weiteren Maßnahmen, wie etwa die Verwahrung durch das Betreibungsamt oder einen Dritten (Art. 98 SchKG), die Anbringung von Siegeln⁴ bei körperlichen Sachen, aber auch die Anzeige an den Drittschuldner bei der Forderungspfändung (Art. 99 SchKG)⁵ werden als bloße Sicherungsmaßnahmen angesehen, von denen die Wirksamkeit der Pfändung nicht abhängt und die umgekehrt die Erklärung

² Die in dieser Arbeit vorrangig interessierende Frage des Zugriffs auf Auslandsvermögen inländischer Schuldner im Weg der Einzelzwangsvollstreckung stellt sich in der Schweiz primär bei Nichtkaufleuten als Schuldner. Gegen im inländischen Handelsregister eingetragene Kaufleute ist eine Einzelzwangsvollstreckung grundsätzlich ausgeschlossen, abgesehen von spezifischen Schulden wie insbesondere Steuer- und Unterhaltsschulden (Art. 43 SchKG) sowie von der Betreibung auf Pfandverwertung (Art. 41 SchKG). Bei Kaufleuten wird, wenn ein Betreibungsverfahren das Fortsetzungsstadium erreicht, i.d.R. der Konkurs eröffnet (Art. 39 Abs. 1 SchKG); hier herrscht nach schweizerischer Vorstellung (sofern im Inland eine Zuständigkeit für die Durchführung eines Hauptkonkurses gegeben ist) aufgrund von Art. 197 SchKG grundsätzlich das aktive Universalitätsprinzip (vgl. nur BSK SchKG-*Handschin/Hunkeler* Art. 197 Rn. 98, die dies jedoch nur bei Bestand einer entsprechenden staatsvertraglichen Vereinbarung oder bei Anerkennungsbereitschaft des ausländischen Staats annehmen wollen, was m.E. zweifelhaft ist). Bei fehlendem Konkursort im Inland (zu diesem *Amonn/Walther* § 10 Rn. 6 f.) wird der Schuldner i.d.R. auch nicht nach schweizerischem Recht konkursbetreibungsfähig sein, da ein inländischer Hauptkonkurs infolge einer Betreibung (anders als der Konkurs ohne vorgängige Betreibung i.S.v. Art. 190, 191 oder 193 SchKG, der nicht von der Konkursbetreibungsfähigkeit des Gemeinschuldners abhängt) einen Eintrag im schweizerischen Handelsregister voraussetzt (Art. 39 Abs. 1 SchKG), welcher in solchen Fällen meist nicht gegeben sein wird. Generell führt das Fehlen eines inländischen Konkursorts dazu, dass ein schweizerischer Hauptkonkurs nicht eröffnet werden kann; gegen einen solchen Schuldner kann und muss im Weg der Einzelzwangsvollstreckung vorgegangen werden. Ein Konkursverfahren kann in solchen Fällen nur in Form eines Hilfskonkurses gem. Art. 166 ff. chIPRG infolge der Anerkennung eines ausländischen Konkurserkennnisses stattfinden; ein solcher Hilfskonkurs, aufgrund der in Art. 170 ff. chIPRG vorgesehenen Verfahrensvereinfachungen auch als „Mini-Konkurs“ bezeichnet, kann am inländischen Vermögensort eröffnet werden (Art. 167 Abs. 1 chIPRG).

³ BGE 110 III 57, 59; 112 III 14, 15; 130 III 661, 663 f.; BSK SchKG-*Lebrecht* Art. 89 Rn. 13; *Amonn/Walther* § 22 Rn. 53.

⁴ BSK SchKG-*Lebrecht* Art. 98 Rn. 11.

⁵ BGE 33 I 666, 669; 74 III 1; 78 III 126, 128; 83 III 1, 5; 94 III 78, 80 f.; 107 III 78, 81 f.; 109 III 11, 13; 110 III 57, 59; 135 III 46, 47; BSK SchKG-*Lebrecht* Art. 99 Rn. 7, Rn. 10; CR LP-*de Gottrau* Art. 99 Rn. 7; *Gilliéron*, Commentaire Art. 99 SchKG Rn. 12; *Jaeger/Walder/Kull* Art. 99 SchKG Rn. 6b; *Hunkeler-Zopfi* Art. 99 SchKG Rn. 2; *Audétat*, Int. Forderungspfändung 73 f.; zum Arrest BGE 31 I 208, 211.

Sachregister

- Anerkennung (s. auch grenzüberschreitende Kooperation) 64, 69, 444, 490–527, 566–567, 569
- Anerkennungsfähigkeit des Vollstreckungstitels 523–525
- ausländischer Titel s. Titelfreizügigkeit
- Belegenheit im Vollstreckungsstaat 474, 514–517
 - Kriterien 515
 - Rechtfertigung der Nachprüfung 515–516
- Deutschland 460–470
- einstweilige Maßnahmen 449–451
 - Wirkung 450–451
- Einziehungsbefugnis 495–497
- England 473–478
- europäisches Zivilprozessrecht 446–456
- Frankreich 478–479
- Freiheit des Zweitstaats 223–225, 514
- im Ausland als Wirksamkeitsvoraussetzung 89–90, 214–216, 219–221, 224–226
- indirekte Zuständigkeit 506–517
- maßgebliches Recht 452, 481–482, 498–504, 514
- *ordre public* 518–523
- Österreich 470–473
- Pfändungsbeschluss 447, 449–450, 454, 471, 495
- prozessuale 484–485, 497–504
- Rechtsfortbildung 467–470, 491–492
- Rechtsgrundlagen 467–469
- Reichweite 493–497
- Rückgriff auf internationales Enteignungsrecht 468–469, 515–517
 - Rückgriff auf internationales Insolvenzrecht 468, 505–506
 - Rückgriff auf Regeln über Berücksichtigung von Eingriffsnormen 468–469, 499–501
 - Rückgriff auf Regeln über Urteilsfreizügigkeit 467–468, 505–506
 - Schweiz 457–460
 - Titel über die gepfändete Forderung 455–456, 528–541
 - und *lex-foi*-Grundsatz 458
 - und Territorialitätsprinzip 458
 - verfahrensinterne Akte 497
 - Vollstreckungsakte zur Durchsetzung öffentlich-rechtlicher Forderungen 475
 - Vollstreckungstitel 470, 523–525
 - Voraussetzungen 469–470, 484–485, 504–527, 567
 - Zustellung an Drittschuldner 519–520
 - Zweck 493–494
- Anerkennungsprognose 35, 91, 113–116, 117, 122, 215, 250–251, 261, 427–431, 433–437, 440, 564
- bezüglich des Vollstreckungstitels 115–116
- anti-execution injunction* 359
- anti-suit injunction* 372
- Arrest 298, 356, 376
 - Belegenheitsregeln 244–247
 - Deutschland 59, 360–361
 - Schweiz 9 Fn. 1, 19–24, 30, 328 Fn. 39, 457
- Arrestatorium 44, 79, 187, 203, 364–365, 367, 377
 - als Verhaltensanordnung 96, 210–212
 - hoheitlicher Charakter 178–181

- astreinte* 357–360, 369, 374
- als Mittel zur Durchsetzung von Geldforderungen 358
- Aufrechnung mit Rückgriffsanspruch 119–120, 462–464
- ausländischer Drittschuldner 23, 25–27, 47–76, 85, 87–89, 91–96, 133–134, 143, 161, 165, 170–172, 176, 181, 208, 210–211, 376
- fiktive Inlandszustellung 202–203
 - Risikoprognose bezüglich Doppelzahlungsgefahr 434–435
 - Vermögen im Inland 243–244
 - Zumutbarkeit des Einbezugs in Vollstreckungsverfahren 380–381, 396–397, 415–417, 424–425
- ausländischer Vollstreckungsschuldner 32, 134, 165
- Auslandsverhalten, Erzwingung im Inland 212–213
- Auslandszustellung 38–40, 51–54, 101–104, 133–134, 143–144
- Bankgeheimnis 34, 160, 412–415
- Belegenheit 172, 560
- als Anerkennungsvoraussetzung 64, 464–466, 474–475, 514–517
 - als Ermessenskriterium 117
 - als Fiktion 231–232, 253–254
 - als Frage des nationalen Rechts 186, 233–234, 255
 - als Wertungsfrage 186–187, 231–233, 251, 253–254
 - am Erfüllungsort 27, 117, 120, 157, 223, 235–239, 251
 - am Gerichtsstand für den Einziehungsprozess 239–242, 251
 - Anknüpfungspunkte 187, 233
 - beim Drittschuldner 21–23, 27–30, 65, 157, 242–247, 343, 347
 - beim Gläubiger (Vollstreckungsschuldner) 20–21, 157, 234–237, 242–243, 246, 343
 - Deutschland 59–76, 240, 242, 244–247
 - Durchsetzbarkeit 27
 - gegen Drittschuldner 76, 92, 117, 235–245, 252–253
 - gegen Vollstreckungsschuldner 234–235, 252
 - England 113, 116, 117–118, 235, 237–238, 240, 385
 - europäisches Zivilprozessrecht 295–296
 - Frankreich 153, 235, 242
 - Filialkonten 31–35, 157
 - im internationalen Enteignungsrecht 249
 - im internationalen Insolvenzrecht 28, 247–249
 - Interessenabwägung 250–251, 254
 - „natürliche“ 231
 - Österreich 237, 239–240, 242, 246–247
 - Schweiz 17–30, 235–237, 247–248, 250–251
 - und Dispositionsbefugnis des Vollstreckungsschuldners 234–235
 - und Europäische Kontenpfändungsverordnung 312–313
 - und Forderungsstatut 253
 - und inländischer Sicherungsgegenstand 243
 - und inländisches Vermögen des Drittschuldners 243–244
- Bereicherungsrecht 464–465, 555
- Berücksichtigung ausländischer Vollstreckungsakte 444, 459–460, 468–470, 478, 483–485, 497–504, 569
- faktische 541–552
 - Anerkennungsfähigkeit des Vollstreckungstitels 548–549
 - Maßgeblichkeit des Forderungsstatuts 543, 545
 - Obliegenheiten des Drittschuldners 549–552
 - *ordre public* 544–545, 549
 - Subsidiarität 542
 - normative 525–527
 - *ordre public* 526
 - prozessual nicht anerkennungsfähige Akte 485, 525
 - Reichweite 493–494
 - Voraussetzungen 484–485, 510, 526
- Bucheffekten (Schweiz) 17 Fn. 44, 29–30

- causes de la saisie* 386, 408–411, 417
comity 121, 128–129, 212, 226, 262, 374, 493
- Deutschland 44–78
- Belegenheit 59–76, 240, 242, 244–247
 - einstweiliger Rechtsschutz 360–361
 - Gesetzgebungsgeschichte 61–62
 - grenzüberschreitende Kooperation 460–470
 - *in personam* wirkende Maßnahmen 360–361
 - indirekte Zuständigkeit 64–65, 463, 470, 508–509
 - internationales Insolvenzrecht 70
 - Struktur des Vollstreckungsverfahrens 44–47
 - Verwertung 45–47
 - Zustellung 51–58
- Distanzakt 18
- Lokalisierung 186–187, 209
 - Gegenstück zum körperlichen Zugriff 206
- dolo-agit*-Einrede 465
- Doppelexequierung 448
- Doppelfunktionalität 16, 71–73, 95–101, 166, 343, 472, 561, 568
- Doppelzahlungsgefahr 27, 117, 215–216, 259–262, 342, 425–440, 461–462, 467, 473, 476–477, 563–564
- Aufrechnung mit Rückgriffsanspruch 462–464
 - ausländischer Drittschuldner 434–435
 - Hinterlegung 464–465, 551
 - inländischer Drittschuldner 435–437
 - nachträgliche Berücksichtigung 438–439
 - Obliegenheiten des Drittschuldners 435–436, 549–552
 - Einholung von Rechtsrat 550
 - Hinterlegung 551
 - Information des Vollstreckungsschuldners 551–552
 - Streitverkündung 551
 - *ordre public* 523, 532–534
 - Pfändung titulierter Forderungen 391–393
 - Risikoprognose 433–437, 440, 564
 - falsch positive 438–439
 - Kriterien 434–435
 - Titulierung der gepfändeten Forderung 437
 - Wege zur Abmilderung 426–427, 437–439, 443, 525–526, 541–552
 - Zumutbarkeit 433
- Drittschuldner
- als Adressat der Pfändung 376–378
 - als Adressat eines Hoheitsakts 177–181, 376–377
 - ausländischer s. ausländischer Drittschuldner
 - Erklärungspflicht (s. auch Drittschuldnererklärung) 109, 133, 136, 139, 398–417, 439
 - bei Filialkonten 160–161
 - Durchsetzbarkeit 404–405, 408, 416–417
 - Rechtsnatur 178–179, 181, 415
 - Zumutbarkeit in grenzüberschreitenden Fällen 415–417
 - Haftungsrisiko 402–403, 405–411, 417, 419, 439–440
 - inländischer s. inländischer Drittschuldner
 - inländisches Vermögen 61, 93–94, 243–244
 - Konfrontation mit ausländischen Behörden 315–316, 396–397
 - Mitwirkungsobliegenheiten (s. auch Existenzminimum) 380, 396–425, 439, 562
 - Präsenz im Inland 111–112
 - private Verständigung 364
 - Rechtsstellung 174–176
 - Schutz s. Doppelzahlungsgefahr; Drittschuldnerschutz
 - Zuständigkeitsinteressen 171, 178, 181, 375–441
- Drittschuldneranzeige (Schweiz) 10–11
- Zustellung 38–40
- Drittschuldnererklärung 136, 139, 396–425, 398–417, 532–534
- als Einlassung in Einziehungsprozess 387
 - Haftung 402–403, 405–411, 419

- Zumutbarkeit in grenzüberschreitenden Fällen 417
- hoheitlicher Charakter der Aufforderung 181
- positive 398–404
 - Deutschland 401–403
 - England 403–404
 - Frankreich 403
 - Österreich 401–403
 - Schadenersatz bei Unrichtigkeit 402–403
 - Schweiz 400–402
- Rechtsnatur 415
- unterlassene oder unrichtige 404–412
 - Deutschland 407–408
 - England 411–412
 - Frankreich 408–411
 - Österreich 406–407
 - Schadenersatz 405–411
 - Schweiz 404–405
- Zumutbarkeit grenzüberschreitender Einholung 415–417
- Drittschuldnerprozess s. Einziehungsprozess
- Drittschuldnerschutz 64, 69, 71, 101, 112, 113–116, 117, 119, 121, 125–129, 143–144, 160–161, 214–215, 250, 259–264, 344, 365–366, 391–393, 413–415, 467, 476–477, 478, 562, 568
- Anerkennungsprognose 427–431, 433–437
- Aufrechnung mit Rückgriffsanspruch 462–464
- bei Anerkennungsversagung 438–439, 493
- Bereicherungsrecht 464–465, 553–555
- grenzüberschreitende Kooperation 431
- Europäische Kontenpfändungsverordnung 315–316
- Hinterlegung 464–465
- Kooperation des Vollstreckungsschuldners 555–556
- Leistungsverweigerungsrecht 64, 119, 465, 546
- materiellrechtliche Berücksichtigung 483–484, 541–552
- privatautonome Regelung 544
- Rechtswahl 543
- Verfahrensgestaltung 437–440
- Zuständigkeitsbeschränkung 427, 431
- Durchsetzbarkeit der gepfändeten Forderung 34, 76, 92, 95, 98–99, 117, 235–245, 252–253
- Effektivität 71, 176–177, 213, 241, 250–251, 339–340, 374, 428–429, 433, 440–441, 564
- *inter partes* wirkende Vollstreckung 368
- Eingriffsnormen 459, 468–469, 499–501, 542
- einstweilige Verfügung
 - Deutschland 361
 - Österreich 362–363
- einstweiliger Rechtsschutz 86–87, 93, 152, 154–155
- Anerkennung und Vollstreckung nach nationalem Recht 302, 309–311
- Deutschland 360–361
- europäisches Zivilprozessrecht 296–312
 - Anerkennung von *ex-parte*-Maßnahmen 307–309, 313–314
 - extraterritoriale Maßnahmen 298–299
 - Maßnahmen nach Titulierung 303–306, 451, 453–455
 - reale Verknüpfung 299–300, 301, 303–306
 - Titelfreizügigkeit 449–451
 - Unterscheidung von *in rem* und *in personam* wirkenden Maßnahmen 372–374
 - Verhältnis zur grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung 296–297, 314–316
 - Vorbehalt nationaler Maßnahmegerichtsstände 297–298, 304–306
 - Zuständigkeit des Hauptsachegerichts 298–299
- Österreich 362–363

- Einziehungsbefugnis 15, 46, 80
 - Anerkennung 495–497
- Einziehungsprozess 15, 80–81, 569
 - Integration in Vollstreckungsverfahren 241, 384–387
 - Kostenverteilung 437–438
 - Trennung vom Vollstreckungsverfahren 383–384
 - Titelfreizügigkeit 528–541
 - Zuständigkeit 47, 381–382
 - Gerichtsstandsvereinbarung 382
 - Schutzgerichtsstände 382–383
 - und Belegenheit 239–242, 251
- England 108–131
 - Belegenheit 113, 116, 117–118, 385
 - grenzüberschreitende Kooperation 473–478
 - *in personam* wirkende Maßnahmen 355–356, 358
 - indirekte Zuständigkeit 475
 - Struktur des Vollstreckungsverfahrens 108–111
 - Zustellung 188, 385
- Enteignung 66, 210, 227–230, 256, 265, 347, 354, 468–469, 515–517, 560
 - Belegenheit 249
- equitable charge* 109
- Erfüllungsort 27, 34, 117, 120, 157, 223, 235–239, 251, 385, 475
 - maßgebliches Recht 238
 - vereinbarter 237–238
- Europäische Insolvenzverordnung (EuInsVO) 248–249, 555
- Europäische Kontenpfändungsverordnung (EuKpfVO) 306, 312–316, 333, 341, 343, 446–447, 455, 488, 489
 - Belegenheit 313
 - Bewilligungszuständigkeit 312
 - Drittschuldnerschutz 315–316
 - Freizügigkeit von *ex-parte*-Maßnahmen
 - Mindeststandard 315
 - und extraterritoriale Vollstreckung 314–316
 - und nationale Sicherungsmaßnahmen 313–314, 314–315
 - Verfahren 312–313
 - Vollzugszuständigkeit 312–313
 - Wirkung des Beschlusses 313
- Europäische Unterhaltsverordnung (EuUntVO) 333
- Europäische Zustellungsverordnung (EuZVO) 192
 - Exklusivität 200
- europäisches Zivilprozessrecht 122–124, 267–317, 560–561
 - Anerkennung von Vollstreckungsmaßnahmen 446–456
 - und rechtliches Gehör 448–449
 - ausschließliche Zuständigkeit für vollstreckungsbezogene Verfahren 277–296, 560–561
 - Entstehungsgeschichte
 - Regelungsgegenstand 278, 286–289
 - Zweck 281–286
 - einstweiliger Rechtsschutz 296–312
 - Anerkennung von *ex-parte*-Maßnahmen 307–309, 313–314
 - extraterritoriale Maßnahmen 298–299
 - Maßnahmen nach Titulierung 303–306, 451, 453–455
 - reale Verknüpfung 299–300, 301, 303–306
 - Titelfreizügigkeit 449–451
 - Verhältnis zur grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung 296–297
 - Vorbehalt nationaler Maßnahmen-gerichtsstände 297–298, 304–306
 - Zuständigkeit des Hauptsachegerichts 298–299
 - *saisie-attribution* 387–388
 - *third party debt order* 385–386
 - Titulierung der gepfändeten Forderung 384
 - Anerkennung und Vollstreckung 455–456
 - Umgehung durch extraterritoriale Vollstreckung 270–277, 330
- Exekution zur Sicherstellung 86–87
- Exekutionsbewilligung 81–83
 - in Bezug auf ausländisches Vermögen 82–83
- Exekutionsvollzug 84
- Exequatur 268–269, 320, 329, 335

- Titelimportfunktion 272
- und extraterritoriale Vollstreckung 270–277
- Zweck 272–274
- Existenzminimum 346–347, 418–425, 463
- *ordre public* 522
- Rolle des Drittschuldners 418–425
 - Deutschland 419–421
 - England 424
 - Frankreich 421–423
 - Haftung bei fehlerhafter Berechnung 419, 420–421, 423
 - Österreich 420–421
 - Schweiz 418–419
 - Zumutbarkeit 424–425
- Filialkonten 25, 30–35, 75, 124, 159–161, 165, 211, 343, 347 Fn. 61, 387, 432, 463, 507, 509–511
- Belegenheit 31, 157, 237–238
- Europäische Kontenpfändungsverordnung 313 Fn. 198
- Zugriff am Hauptsitz 31–33
- final third party debt order* 109
- als Vollstreckungstitel gegen den Drittschuldner 110
- foreign attachment* 376
- forum non conveniens* 150
- forum shopping* 350
- Frankreich 132–163
 - Anerkennung 478–479
 - Gesetzgebungsgeschichte 132–139
 - Struktur des Vollstreckungsverfahrens 132–141
 - Zustellung 133–134, 139, 142–144, 159–160
- freezing injunction* 214, 298–299, 311–312, 455
- garnishee order* (s. auch *third party debt order*) 108–109, 376
- Gegenseitigkeit 53–54, 71, 92–93
 - Anerkennung 470, 517–518
- Geheimhaltungspflicht 412–415
- genuine link* 72–73, 245, 250–252
- Gerichtsstandsvereinbarung 382, 387, 435–436, 438
- Gläubigergleichbehandlung 138–139, 367
- Gleichlauf
 - Pfändungszuständigkeit und Zuständigkeit für den Einziehungsprozess 239–242, 395–396, 438
 - Pfändungszuständigkeit und Zuständigkeit für Insolvenzeröffnung 565
 - Titelgerichtsstand und Vollstreckungsort 340–343, 346, 565
 - bei Schutzgerichtsständen 345
 - Zumutbarkeit gegenüber Vollstreckungsschuldner 349–350
- grenzüberschreitende Kooperation (s. auch Anerkennung) 123, 174, 223–224, 443–557, 565–568
 - beim Vollzug 444, 488–490, 566, 569
 - Deutschland 460–470
 - Drittschuldnererklärung 497
 - England 473–478
 - Entwicklung 444, 456–480
 - europäisches Zivilprozessrecht 446–457
 - Zulässigkeit 451–452, 473
 - Frankreich 478–479
 - Maßgeblichkeit nationalen Rechts 452, 481–482
 - Österreich 470–473
 - Parteiinteressen 482
 - Rechtsnatur 482–485
 - Risikozuweisung 461–462, 484–485, 563–564, 569
 - Schweiz 457–460
 - Völkerrecht 444–445
- Gutglaubensschutz 56, 58, 135, 362, 364, 366, 380, 520
- Haager Zustellungsübereinkommen (HZÜ) 191–197, 199–201
 - Anwendbarkeit auf Vollstreckungsakte 191
 - Exklusivität 199–201
 - Souveränitätsvorbehalt (s. auch Souveränitätsvorbehalt; Zustellung) 191–197
- Haftungsverwirklichung 63, 176–177, 180, 228–230, 248, 319–336, 346–

- 347, 415, 445, 491–493, 495, 524, 560–561, 563, 566, 568
- Handlungsvollstreckung zur Durchsetzung von Geldforderungen 369–371
- hardship payment order* 424
- hinkende Rechtslage 250, 261, 391–392
- Hinterlegung 464–465, 551
- Hoheitsakt
- auf fremdem Staatsgebiet 218–219
 - gegen ausländischen Adressaten 172
 - Pfändung als s. Pfändung als Hoheitsakt
 - grenzüberschreitender, Einwilligungsbedürftigkeit 193
- huissier de justice* 142–143
- ideeller Vollstreckungsakt 70, 72, 88–89, 158, 184, 186–187, 193–197, 224, 254–255, 257–266, 273, 373, 559
- Lokalisierung 186–187, 206–208, 219
 - und Verbot der Zwangsausübung auf fremdem Staatsgebiet 218–219, 254–255
- Immunität 76
- in personam* wirkende Maßnahmen
- 110–111, 125, 158–159, 224, 303, 341, 350–375, 440, 565
 - Deutschland 360–361
 - England 355–356, 358
 - Frankreich 357–360
 - Österreich 362–363
 - reale Verknüpfung 303
 - Schweiz 363–364
- in rem* wirkende Maßnahmen 125, 158–159, 216–217, 224, 303, 565
- Indikationentheorie (Österreich) 94–97
- indirekte Zuständigkeit 506–517
- Deutschland 64–65, 463, 470, 508–509
 - England 473, 475, 510
 - Frankreich 510
 - Kriterien 506–517
 - Österreich 472, 508–509
 - Rechtfertigung der Prüfung 506
 - Schweiz 458, 509–510
 - Spiegelbildprinzip 508–510
 - Titulierung der gepfändeten Forderung 536–538
- Inhibitorium 44, 60, 79, 187, 203, 364–365, 367
- injunction* 110, 356, 358, 369, 374
- inländischer Drittschuldner 21–22, 74, 145–146, 153, 158
- Anerkennung ausländischer Vollstreckungsmaßnahmen 465–466, 472
 - Risikoprognose bezüglich Doppelzahlungsgefahr 435–437
- inländischer Vollstreckungsschuldner 33–34, 60, 64, 85, 97
- Inlandsbezug 172, 255, 328, 330, 351, 354
- der gepfändeten Forderung 93–94, 98–99, 103, 104, 112, 239–240, 245, 547–548, 564
 - diskriminierende Wirkung des Erfordernisses 325–326
 - Wohnsitz des Gläubigers 326
- Inlandszustellung 37, 40, 54–58, 67, 104–106, 133–134, 195–196, 198–203
- fiktive 198–202
 - an ausländischen Drittschuldner 202–203
- instance en validité* 133–136, 145, 148–149, 152
- Interessenabwägung 27, 117–119, 172–173, 226, 256–257, 259, 265–266, 337–338, 435, 445, 477, 485, 501, 545, 548, 561
- und Belegenheit 250–251, 254
- interim third party debt order* 109
- internationales Insolvenzrecht 214–215, 225, 228–230, 326–327, 347–348, 359, 370, 459, 505–506, 566
- Belegenheit 28, 247–249
 - Deutschland 70
 - Schweiz 10 Fn. 2
 - Universalitätsprinzip 10 Fn. 2, 158–159, 225, 228, 230, 249, 335, 348, 357 Fn. 105
- juge d'exécution* 137–138 Fn. 38, 141, 151, 386, 403, 422–423
- jurisdiction to adjudicate* 184–185, 257–258

- jurisdiction to enforce* 184–186, 210, 216, 257
- jurisdiction to prescribe* 184–185, 210, 257–258
- Justizgewährungsanspruch 149, 337
- Kollisionsrecht 60, 62, 89–90, 156, 219–224, 258
- Kollusion 435–438, 440
- konkurrierende Zuständigkeit 431–432, 565
- und Anerkennung 507, 510–514
 - und Völkerrecht 432
- konstitutiver Akt 53, 203–209, 365, 377
- Deutschland 44
 - Frankreich 139
 - maßgebliches Recht 204–206
 - Österreich 79
 - Schweiz 10–11
- Kontenschutz 421–423
- Leistungsverweigerungsrecht 64, 119, 465, 478, 546, 552–553
- lex fori executionis* 206, 221, 238–239, 283–284
- Auseinanderfallen von *lex rei sitae* und 222
 - Gleichlauf mit Forderungsstatut 223–224
- Mini-Konkurs (Schweiz) 10 Fn. 2, 28
- Mitwirkungsobliegenheiten des Drittschuldners 380, 396–425, 439, 562
- Erklärungspflicht (s. auch Drittschuldnererklärung) 398–417
 - Existenzminimum (s. auch dort) 418–427
- öffentlich–rechtliche Forderungen 76, 245, 475
- Ordination (Österreich) 98
- Ordnungsgeldbeschluss 447
- ordre public* 469, 518–523
- Doppelzahlungsgefahr 532–534
 - Existenzminimum 522
 - faktische Berücksichtigung 544–545
 - normative Berücksichtigung 526
 - Sanktionen wegen Verletzung der Erklärungspflicht 535
 - Titulierung der gepfändeten Forderung 532–535
- Österreich
- einstweiliger Rechtsschutz 362–363
 - Exekutionsbewilligung 81–83
 - in Bezug auf ausländisches Vermögen 82–83
 - Exekutionsvollzug 84
 - Gesetzgebungsgeschichte 81–84
 - gespaltene Exekution 84–90
 - Indikationentheorie 94–97
 - Ordination 98
 - Pfändung auslandsbelegener Forderungen 88–89
 - Struktur des Vollstreckungsverfahrens 79–81
 - Zustellkurator 104
 - Zustellung 101–106
- par condicio creditorum* s. Gläubigergleichbehandlung
- parallele Vollstreckungsverfahren 335, 488–489
- und *ordre public* 520–522
- Parteistellung im Vollstreckungsverfahren 175–176
- Partikularinsolvenzverfahren 10 Fn. 2, 28, 327, 348
- Personalitätsprinzip 171
- Pfändung
- als Hoheitsakt 63
 - gegen den Drittschuldner 177–181, 376–377
 - gegen den Vollstreckungsschuldner 173–177
 - auf das Inland beschränkte 213–216, 262
 - Beschränkung auf anerkannte Forderungen 399–400
 - Deutschland 44–47
 - England 108–111
 - Frankreich 132–141
 - Österreich 79–81
 - Schweiz 10–13
 - titulierte Forderungen 388–394
 - Vergleichbarkeit mit Zession 174–175, 177–178, 180, 379–380, 396, 425, 501–502, 562
 - Wirksamkeit

- Abhängigkeit von Anerkennung im Ausland 89–90, 214–216, 224–226
- Abhängigkeit vom Forderungsstatut 219–221
- Abhängigkeit vom Recht am Drittschuldnersitz 220
- Abhängigkeit vom Recht am Lagerort 220
- Pfändungs- und Überweisungsbeschluss 45
- Pfändungspfandrecht 11, 45, 79, 365
- Pflichtenkollision 214, 262, 342, 374, 413–415, 459
- physischer Zwangsakt 169, 172, 185, 257–258, 265
- P-Konto 421
- Prioritätsprinzip 45, 79, 109, 138, 140–141
- Prozessökonomie 321, 327–328, 338, 340–341, 355, 374, 434–435, 480, 489, 491–492, 495, 564, 565
- Titelfreizügigkeit 330–334
- Publizitätsprinzip 365–367

- reale Verknüpfung 299–300
- *in personam* wirkende Maßnahmen 303
- Maßnahmen nach Titulierung 303–306
- Sicherungsverfügungen 301
- und grenzüberschreitende Vollstreckung 303–304
- receivership* 110–111, 124–130, 214, 341, 368, 370, 374, 556
- Wirkungen 125
- rechtliches Gehör
- bei Titulierung der gepfändeten Forderung 529–530
- Drittschuldner 448–449, 529–530
- Maßnahmen nach Titulierung 454
- und grenzüberschreitende Anerkennung 307–312, 448–449
- Vollstreckungsschuldner 307–312, 377–379, 448–449
- Rechtshilfenvollstreckung s. Vollstreckungsrechtshilfe
- Rechtsnähe 283
- Rechtsschutzinteresse 339–340

- Rechtswahl 222
- report d’insaisissabilité* 422
- Rückgriffsanspruch 119–120

- saisie conservatoire* 138, 152, 298, 308, 356
- saisie des rémunérations* 138–139, 161, 411, 421–422
- saisie-arrêt* 132–136, 145, 148, 152–153, 291
- saisie-attribution* 137–141, 154, 158, 359, 408–411, 422–423
- bei Filialkonten 159–161
- europäisches Zivilprozessrecht 387–388
- schuldbefreiende Wirkung
- erzwungene Leistung 467, 547
- freiwillige Leistung 550
- Leistung an den Vollstreckungsgläubiger 119, 463, 467, 474, 477–478, 525–526, 546–552
- Bezug zum Vollstreckungsstaat 547–548
- Obliegenheiten des Drittschuldners 549–552
- Voraussetzungen 547–549
- Leistung an den Vollstreckungsschuldner 467, 552–553
- Schuldnerschutz 341–342, 352
- durch Art. 22 Nr. 5 EuGVVO/Art. 22 Nr. 5 LugÜ
- Existenzminimum 346–347
- *ordre public* 522
- und extraterritoriale Vollstreckung 275–277
- Schutz legitimer Erwartungen 493, 501, 545
- Schutzklauseln 125–129, 374
- Schweiz
- Arrest 9 Fn. 1, 19–24, 30, 328 Fn. 39, 457
- Belegenheit 17–30
- Betreibungsort 16
- Doppelfunktionalität 16
- Drittschuldneranzeige 10–11
- Einleitungsverfahren 9
- Einziehung gepfändeter Forderungen durch Betreibungsamt 13–14
- Einziehungsbefugnis 15

- Filialkonten 25, 30–35
- Fortsetzung der Betreuung 9
- Fortsetzungsbegehren 12
- grenzüberschreitende Kooperation 457–460
- Gruppenprinzip 12
- *in personam* wirkende Maßnahmen 363–364
- internationale Zuständigkeit 16–35
- Konkurs 10 Fn. 2
- Pfändung 10–13
 - und Insolvenz 12–13
 - von Filialkonten 30–35
- Pfändungspfandreht 11
- Struktur des Vollstreckungsverfahrens 9–16
- Sucharrest 30, 34
- Verwertungsrecht 11
- Zustellung 30–31, 35–42
- solde bancaire insaisissable* 422–423
- Souveränität 42, 66–67, 89, 101, 103, 117, 120–121, 146–149, 155–158, 167, 171, 188, 204–206, 208, 212, 224–230, 254, 256–266, 291–293, 303, 354–355, 372–373, 443, 445, 479, 559, 568
- Doppelzahlungsgefahr 426
- Gefährdung durch ideelle Vollstreckungsakte 193–197
- grenzüberschreitende Kooperation 481–482, 493, 495, 518
- Sanktionen bei Verletzung 263–264
- und Art. 24 Nr. 5 EuGVVO/Art. 22 Nr. 5 LugÜ 267, 282
- und Ausschluss von Anordnungen an ausländische Vollstreckungsbehörden 270–271
- und Drittschuldnerschutz 425–426, 563
- Souveränitätsvorbehalt (Zustellung) 189–197, 199
- Anerkennungsfähigkeit des Akts 192–197
- ausländischer Adressat 197
- Ermessensspielraum 192–193
- Funktionen 195–197
- hoheitliche Rechtsnatur des Akts
- Trennung der Rechtssphären 194–197
- Struktur des Vollstreckungsverfahrens und internationales Zwangsvollstreckungsrecht 165
- Territorialitätsprinzip 24–27, 42, 96, 157–158, 165–317, 339, 354–355, 443, 559–561, 563, 568
- adressatenbezogenes 48–51, 60–61, 88, 170–183, 376
- aktbezogenes 51–58, 116–119, 153, 184–217, 284
 - Lokalisierung von Distanzakt 186–187, 209
 - und Vermögensbelegenheit 156
- Anknüpfungspunkte 169
- Drittschuldnerschutz als Rechtfertigung 250–251, 260, 355
- europäisches Zivilprozessrecht als Grundlage 268–270, 309
 - reale Verknüpfung 300
- objektbezogenes 58–76, 89, 99, 112, 120–122, 155–157, 218–255, 284, 385
 - abgeschwächtes 72–73
 - als Konsequenz des Verbots von Zwangsakten auf fremdem Staatsgebiet 218–219
 - Begründungsansätze 218–230
 - Interesse des Vollstreckungsschuldners 347
 - und Anerkennung 495–496, 515–516
 - und ausschließliche Zuständigkeit für vollstreckungsbezogene Zivilprozesse 277–296, 292
- Rechtsnatur 168
- und Anerkennung ausländischer Vollstreckungsmaßnahmen 458, 464–466
- und Belegenheit 238
- und Rechtsgestaltung 219–226
- und Zugriff auf körperliche Sachen 168–169
- third party debt order* 108–110, 376, 424, 434
- als *in rem* wirkende Maßnahme 219
- Anerkennungsprognose 430–431
- Drittschuldnererklärung 411–412

- europäisches Zivilprozessrecht 385–386
- *final s. final third party debt order*
- *interim s. interim third party debt order*
- *jurisdiction* 384–385
- Titulierung der gepfändeten Forderung 384–386
- Zustellung 188, 385
- Titelfreizügigkeit 320, 327, 328–334
- Privilegierung inländischer Schuldner 329
- Prozessökonomie 330–334
- und extraterritoriale Vollstreckung 270–277, 351–352, 471–473, 486–487
- und grenzüberschreitende Kooperation in Vollstreckungssachen 470, 472–473, 485–490, 523–525, 569
- und Zuständigkeit für Vollstreckungsmaßnahmen 271
- Titelumschreibung 389
- Titulierung der gepfändeten Forderung 110, 135–136, 176, 377, 381–396, 449, 528–541, 562, 569
- Anerkennungsverzugsgründe 532–541
- Doppelzahlungsgefahr 437
- europäisches Zivilprozessrecht 384
 - Anerkennung 455–456, 529–541
- indirekte Zuständigkeit 536–538
- Integration in das Vollstreckungsverfahren 241, 384–387
 - England 384–386, 528
 - Frankreich 386–387
- *ordre public* 532–535
- unvereinbare Entscheidungen 535–536, 539
- zugunsten des Vollstreckungsschuldners 538–540
- Tochtergesellschaft 160
- Trennung der Rechtssphären 193–197, 214, 224–226, 258, 466, 482
- Typenzwang 370–371
- Überweisung der gepfändeten Forderung
 - an Zahlungs statt (Deutschland) 46
 - an Zahlungs Statt (Schweiz) 13–14
 - an Zahlungsstatt (Österreich) 80
 - Frankreich 138–141
 - hoheitlicher Charakter 178–181
 - zur Eintreibung (Schweiz) 13–16
 - zur Einziehung (Deutschland, Österreich) 46, 80
- Universalität der Haftung 319–322, 326, 334–335, 346, 349, 353–354, 491–492
- Universalitätsprinzip 26, 319, 335, 347–349, 354, 497, 565
- Verfügungsverbot s. Inhibitorium
- Verkehrsschutz 366
- Vermögensgerichtsstand 322, 324–326, 330
 - Belegenheitsregeln 244–247
 - Erweiterung auf Auslandsvermögen 47–48, 59, 171, 350–351, 354
 - Völkerrecht 325–326
 - Vollstreckungsbezug 351
 - Zweck 246–247, 321, 351
- Verwertung 399–400
 - Deutschland 45–47
 - Österreich 79–81
 - Schweiz 13–16
- Verwertungsrecht (Schweiz) 11
- Völkergewohnheitsrecht 251–252, 255
- Völkerrecht 27, 48, 66–67, 70, 72, 74–75, 95–97, 99–100, 103, 120–121, 147, 156–158, 165–168, 171–173, 179, 184, 186, 204–206, 208–210, 212, 217, 222, 224–230, 233–234, 238, 254, 273, 335, 372–373, 413, 415, 561, 563
 - Doppelzahlungsgefahr 426
 - grenzüberschreitende Kooperation 444–445, 466
 - Individualschutz 256–266, 425–426
 - konkurrierende Zuständigkeit 432
 - Unterscheidung von *in personam* und *in rem* wirkenden Maßnahmen 372–374
 - Vermögensgerichtsstand 325–326
- Vollmacht zugunsten des Vollstreckungsgläubigers 363 Fn. 128, 369–370, 555–556
- vollstreckungsbezogener Zivilprozess 145–155

- Anwendungsbereich des ausschließlichen Gerichtsstands 267–268, 293
- ausschließliche Zuständigkeit und objektbezogenes Territorialitätsprinzip 277–296
- Titelfreizügigkeit 531
- Vollstreckungsrchtshilfe 49, 83, 84, 86, 90–92, 102, 143, 345, 470–471, 486–490, 492, 565–566, 569
- Europäische Kontenpfändungsverordnung 313, 488
- und Zustellung von Vollstreckungsakten 190–191
- Vollstreckungsschuldner
 - als Adressat der Pfändung 170, 173–177
 - ausländischer s. ausländischer Vollstreckungsschuldner
 - inländischer s. inländischer Vollstreckungsschuldner
 - rechtliches Gehör 307–312, 377–379
 - Schutz vor Vollstreckung nicht anerkennungsfähiger Entscheidungen 351–352
 - Zumutbarkeit der Vollstreckung am Wohnsitz 346–349
 - Zuständigkeitsinteressen 175, 346–353
 - nach Abschluss des Titelverfahrens 175, 331, 346
- Vorhersehbarkeit 238, 517, 543, 545
- worldwide freezing order* 299
- Zahlungsverbot s. Arrestatorium
- Zession s. Pfändung, Vergleichbarkeit mit Zession
- Zuständigkeitsinteressen 319–441
 - Drittschuldner 171, 181, 375–441, 562–563
 - Gläubignähe 333–345
 - Prozessökonomie 337–338, 352–353
 - Stabilität 343, 349
 - Verwertungsnahe 338–340
 - Vollstreckungsgläubiger 149, 337–345
 - Vollstreckungsnahe 330–331
- Vollstreckungsschuldner 175, 346–353
 - nach Abschluss des Titelverfahrens 175, 331, 346
 - Vorhersehbarkeit 343, 349
- Zuständigkeitskonzentration 344
- Zustellbevollmächtigter 198
- Zustellkurator (Österreich) 104
- Zustellung 186–209, 377, 569
 - als Hoheitsakt 188–189
 - als Pendant zum körperlichen Zugriff 187
 - als Vollstreckungshilfe 105–106
 - Bedeutung für Lokalisierung des Vollstreckungsakts 206–208
 - Deutschland 44–45, 49, 51–58, 62, 176
 - durch Aufgabe zur Post 198
 - durch die Post 39–40, 189, 198–199
 - England 188, 385
 - Frankreich 133–134, 139, 142–144, 159–160, 198
 - im Ausland s. Auslandszustellung
 - im Inland s. Inlandszustellung
 - im Rechtshilfeweg 39–42, 52–54, 57, 67, 72, 86, 101–104, 134, 144, 179–180, 188–197, 492–493
 - als Einwilligung in die Zwangsvollstreckung 202–203
 - fiktive Inlandszustellung bei Verweigerung 199–201
 - Lokalisierung 199
 - öffentliche 37, 40, 49, 55–58, 104, 134, 198
 - Österreich 92–93, 95, 97, 101–106
 - Schweiz 30–31, 35–42
 - und Anerkennungsfähigkeit des Akts 192–197, 519–520
 - und Souveränität 189–190
 - Verweigerung, und Interessen des Adressaten 199
- Zustellungsdurchgriff 198, 200
- Zwangsgeldentscheidung 273–274, 446–447
- Zweigniederlassung 75, 117–118, 198, 343, 387, 432, 436, 463, 463, 507, 509–511, 564